

Peter Altmaier: Bundesregierung gibt Alleingänge im Klimaschutz auf

Von [Daniel Wetzel](#) | Stand: 11.03.2017 | Lesedauer: 3 Minuten



Kohlekraftwerke werden wegen ihrer Klimabelastung kritisiert

Quelle: picture alliance / Scanpix Denma

Deutschland hat im Klimaschutz stets den Vorreiter und Musterschüler gespielt. Doch damit ist jetzt offenbar Schluss. Kanzleramtsminister Peter Altmaier spricht sich gegen nationale Alleingänge aus.

„Ich bin nicht der wichtigste, höchstens der gewichtigste Minister im Kabinett“, scherzte Kanzleramtsminister [Peter Altmaier](#) am vergangenen Freitag auf der Rednertribüne des Hotels Adlon: „Ich habe zwar inzwischen an Gewicht verloren, aber der Abstand war so groß, dass die Führungsrolle nicht gefährdet ist.“

Altmaiers selbstironischer Umgang mit seiner Diät sorgt verlässlich für Heiterkeit unter den Zuhörern, so auch diesmal. Doch bald darauf schlug die gelöste Stimmung im Großen Saal des Berliner Edelhotels sogar in Begeisterung um.

Denn der Bundesminister für besondere Aufgaben stellte den versammelten Unternehmern und Managern die Erfüllung eines lang gehegten Wunsches in Aussicht: Mit den teuren klimapolitischen Alleingängen Deutschlands könnte es nach seinen Worten bald vorbei sein.

Donnernder Applaus

„Ich bin fest davon überzeugt, dass der Weg nationaler Ziele falsch ist“, erklärte Altmaier vor den Teilnehmern der exklusiven „Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik“, zu der der Wirtschaftsrat der CDU eingeladen hatte. Es sei zwar „schwer, bestehende Vereinbarungen zu canceln“, sagte Altmaier. Doch künftig [brauche man „europäische und internationale Ziele“](#).

Altmaiers Worte lösten den ersten donnernden Applaus des Tages aus. Aus gutem Grund: Die Bundesregierung hatte seit Jahren [im Klimaschutz](#) immer den Musterschüler und „Vorreiter“ gegeben. Beschloss etwa die EU, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 20 Prozent zu senken, wollte Deutschland gleich um 40 Prozent reduzieren. Setzte sich Europa ein Ökostromziel von 20 Prozent, musste das Berlin umgehend mit einem nationalen 35 Prozent-Ziel übertrumpfen.

Teure Alleingänge dieser Art kamen nicht nur in der Industrie schlecht an, die sich angesichts steigender [Strompreise](#) und Klimaschutzauflagen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit bedroht sah. Auch Umweltökonomien kritisierten immer wieder, dass nationale Klimaziele unter dem Dach des europäischen Emissionshandels kein Gramm CO₂ extra einsparen würden.

Falsches Strebertum

Schon im Vorfeld der Weltklimakonferenz von Paris Ende 2015 hatten die hohen Ambitionen Deutschlands immer wieder zu kontroversen Diskussionen geführt. Die Bundesregierung hatte argumentiert, sie wolle mit ihren extra-scharfen CO₂-Zielen Nachahmer ermutigen. Kritiker hielten dagegen, Deutschland [unterminiere mit seinem Strebertum](#) die Geschlossenheit der Europäischen Union auf dem Weltklima-Gipfel und verhindere, dass die EU vor den Vereinten Nationen „mit einer Stimme“ sprechen könne.

Auf der Klausurtagung des CDU-Wirtschaftsrates in Berlin hatte Altmaier, genau wie zuvor EU-Energiekommissar Miguel Arias Canete, ein „level playing field“ in Europa angemahnt, also länderübergreifend gleiche Spielregeln für Investitionen in Energieeffizienz und Klimaschutz.

Dem Netzvorstand des Kölner Versorgers Rheinenergie, Alexander Cerbe, platzte daraufhin der Kragen: Wenn gleiche Investitionsbedingungen in Europa so wichtig seien, warum müsse Deutschland dann immer den energie- und klimapolitischen Vorreiter spielen, wollte Cerbe von Altmaier wissen. „Sie haben völlig Recht“, antwortete zu dessen Überraschung der Bundesminister: Auch er halte nationale Ziele „für den falschen Weg.“

Altmaiers Position stimmt auch überein mit dem Energiemarkt-Konzept „energylab 2030“, das der Wirtschaftsrat der CDU über Monate hinweg in zahlreichen Expertengremien entwickelt hatte und auf der Klausurtagung am Freitag präsentierte. „Nationale Sonderziele für Klimaschutz sind kontraproduktiv und sollten daher grundsätzlich entfallen“, heißt es darin.

Ziele sind überambitioniert

Dass die Bundesregierung nun offenbar nur noch Klimaziele verfolgen will, die EU-weit einheitlich gelten, könnte auch auf die inzwischen gereifte Erkenntnis zurückzuführen sein, dass man sich mit den einst selbst gesteckten Zielen deutlich übernommen hatte.

So hatte die Bundesregierung in ihrem [noch immer maßgeblichen „Energiekonzept 2010“](#) beschlossen, die Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahre 2020 um 40 Prozent und damit doppelt so schnell zu reduzieren wie der Rest Europas. Dass zugleich die CO₂-arm produzierenden Atomkraftwerke abgeschaltet werden sollten, tat den Klimaschutz-Ambitionen keinen Abbruch.

Die Zielsetzung erweist sich inzwischen [allerdings als überambitioniert](#). Unter Experten gilt als sicher, dass die Bundesregierung das im im Jahre 2010 vollmundig gegebene Versprechen einer vierzigprozentigen CO₂-Reduktion bis zum Ende des Jahrzehnts deutlich verfehlen wird.

Bundesregierung einigt sich auf Klimaschutzplan

Die Bundesregierung hat sich nach einem monatelangen Streit doch noch auf den "Klimaschutzplan 2050" verständigt. Strittig war zuletzt noch die Zukunft der klimaschädlichen Braunkohle.

Quelle: Die Welt